

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität

Ausgabe Nr. 4
Juli/August
2007

Rotstift trotz Steuerboom

Stadtparlament lehnte „sozialen Nachschlag“ der Marburger Linken ab

Wieder einmal hat sich der Kämmerer verschätzt.“ Mit diesen Worten kommentierte Pit Metz von der Marburger Linken die Nachricht, dass in diesem Jahr die Gewerbesteuererinnahmen die im Haushalt angesetzten Zahlen weit übertreffen werden.

Bereits im März hatte Paroli gewettet, dass der Magistrat auch im Haushalt 2007 die Steuereinnahmen klein gerechnet hat, um Forderungen nach Mehrausgaben im sozialen oder kulturellen Bereich abtügeln zu können. Im letzten Jahr wurden 20 Millionen Euro mehr an Gewerbesteuer eingenommen als geplant, in diesem werden es laut Schätzung 13 Millionen sein.

Dennoch gibt es keinen sozialen Nachschlag. Im Juni beschloss die Stadtverordnetenversammlung einen Nachtragshaushalt, der die Mehreinnahmen vor allem zum Schuldenabbau verwendet.

Diese Forderungen der Marburger Linken wurden von den anderen Fraktionen abgelehnt:

Für den Stadtpass wollte die linke Fraktion 500.000 Euro mehr ausgegeben. „Damit soll – wie in der Partnerstadt Poitiers – den Bedürftigen eine kostenlose Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel ermöglicht und der Kreis der Berechtigten erweitert werden.“ Das forderte die Stadtverordnete Eva Gottschaldt.

Als Ersatz für das geschlossene Europabad will die Marburger Linke nicht nur ein Sprungbecken, sondern ein zusätzliches 25-Meter-Becken im AquaMar bauen lassen. Dazu Pit Metz: „Das hat die SPD sich bei den Haushaltberatungen 2006 wegen angeblich fehlender Mittel von den Grünen ausreden lassen.“ Bereits in diesem Jahr will die Marburger Linke deshalb 1,2

Millionen Euro zusätzlich im AquaMar investieren.

Die Behauptung der Stadträtin Dr. Kerstin Weinbach, die Stiftung Sankt Jakob könne sich Tariflöhne nicht leisten, bezeichnete Metz als an den Haaren herbeigezogen. „Zur Abdeckung eventuell zusätzlicher Kosten hierfür setzen wir eine Million Euro für die kommenden fünf Jahre an.“

Besonderes Gewicht legt die Marburger Linke auf die Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. Um die demütigenden Ein-Euro-Jobs zu ersetzen, schlug sie zusätzliche Ausgaben von einer Million Euro für die Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) vor.

SPD, Grüne und CDU lehnten diese Forderungen ab. *Nico Biver*

DIE LINKE in den Landtag!

Direktkandidaten für Marburger Wahlkreise gewählt



▲ Die Landtagskandidaten Jan Schalauske und Pit Metz und die Ersatzbewerberinnen Heidi Boulnois und Inge Sturm (Foto N.B.)

Pit Metz und Jan Schalauske werden in den beiden Marburger Wahlkreisen für DIE LINKE zu den Landtagswahlen im Januar 2008 antreten.

Mehr als zwei Drittel der Mitglieder gaben ihnen auf dem Kreisparteitag am 30. Juni ihre Stimme. Pit Metz kandidiert in Wahlkreis 12, der die westlichen Gemeinden umfasst. Er ist Fraktionsvorsitzender der Marburger Linken und hatte bei den Oberbürgermeister-

wahlen 2005 achtbare 5,1 Prozent der Stimmen erzielt. Im Wahlkreis 13, der Marburg und den östlichen Teil des Kreises umfasst, tritt Jan Schalauske an. Er war Bundessprecher des linken Jugendverbandes [solid] und ist Bundesvorstandmitglied des neuen Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS.

Zu Ersatzkandidatinnen wurden die beiden Kreistagsabgeordneten Inge Sturm und Heidi Boulnois gewählt.

Kommentar

Linke vereint

Zu einem vorläufigen gesellschaftlichen Stimmungsbarmeter wurde der Gründungsparteitag der LINKEN Mitte Juni. Er löste sowohl eine begeisterte Beitrittswelle aus – immerhin 2.500 in den ersten 72 Stunden. Er führte aber auch zu Angst und Bestürzung beim politischen Gegner. „Lafontaine droht mit Generalstreik“, titelte die *Welt am Sonntag* erschrocken. Und Außenminister Steinmeier forderte eher eingeschüchtert als entschlossen: „Wir müssen den Fehdehandschuh aufnehmen“. Fakt ist: Die Neugründung der LINKEN findet vor dem Hintergrund eines radikalen Umbaus des Sozialstaates statt. Mit diesem Umbau manövriert sich die SPD gleichzeitig in ihre bisher schwerste Krise. Das Durchpeitschen der Rente mit 67 und die Verweigerung beim Mindestlohn haben das Vertrauen vieler Gewerkschafter erschüttert. Gleichzeitig wurde deutlich, dass das politische System in der Krise ist, wenn die Volksvertreter ihre Entscheidungen gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen. Die Gründung der LINKEN geht daher einher mit der Idee eines völlig neuen Politikverständnisses. Soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und friedliche Konfliktlösung haben nur dann eine Chance, behandelt zu werden, wenn sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ändern. Dafür sind zwei Dinge entscheidend: sozialer Protest auf der Straße und eine Linke, die zu genau dem wird, was die SPD und die Bosse am meisten fürchten, ein politischer Faktor in diesen Auseinandersetzungen.

Ulrike Eifler

Termine

■ **DIE LINKE.Hessen:** Gründungs- parteitag des Landesverbandes **Fr./Sa., 24./25. August Frankfurt, Saalbau Bornheim**

■ **Höfefest Weidenhausen**
Sa., 1. September, Weidenhausen

Regelmäßige Termine im LINKEN ZENTRUM

■ Die **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf am 2. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr

■ Die erweiterte **Fraktion Marburger Linke** tagt Montags, 20.00 Uhr

■ DIE LINKE. **Kreis AG** trifft sich Donnerstags, 19.30 Uhr

■ Die Studierendengruppe **SDS. DIE LINKE** trifft sich Dienstags, 20.00 Uhr

Gib acht ...

... oder neun oder zehn Euro oder soviele wie Du der LINKEN Pro- zente bei der hessischen Land- tagswahl wünschst. Wir kommen ohne Spenden von Konzernen aus, aber nicht ohne Deine.

Spendenkonto:

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Konto-Nr. 176 239 07, Volksbank
Mittelhessen (BLZ 513 900 00)

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg- Biedenkopf

Redaktion: Renate Bastian, Nico Biver (verantwortl.), Ulrike Eifler, Eckhardt Kohn, Hartwig Weber, Hajo Zeller

Fotos: Renate Bastian, Nico Biver

Layout: Nico Biver, Stefan Knaab

Druck: Druckhaus Marburg

Erscheinungsweise: sechsmal im Jahr

Redaktionsschluss: 15. Juli 2007

Abonnement: kostenlos
(Spenden erwünscht)

Kontakt

DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf
Frankfurter Str. 15
35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@linkspartei-marburg.de
www.linkspartei-marburg.de

Altenhilfe krank am Niedriglohn

Marburger Linke verlangt Rückkehr in kommunalen Arbeitgeberverband

Die bisherige Geschäftsfüh- rerin Heidi Thaller wurde abgesetzt. Damit glaubt die Stadt die Probleme bei der Altenhilfe Sankt Jakob in den Griff zu bekommen. „Das stimmt aber nicht,“ urteilt Pit Metz, der Fraktionsvorsitzende der Marburger Linken. „Die Probleme bei der Essensversorgung und die Unzufrie-

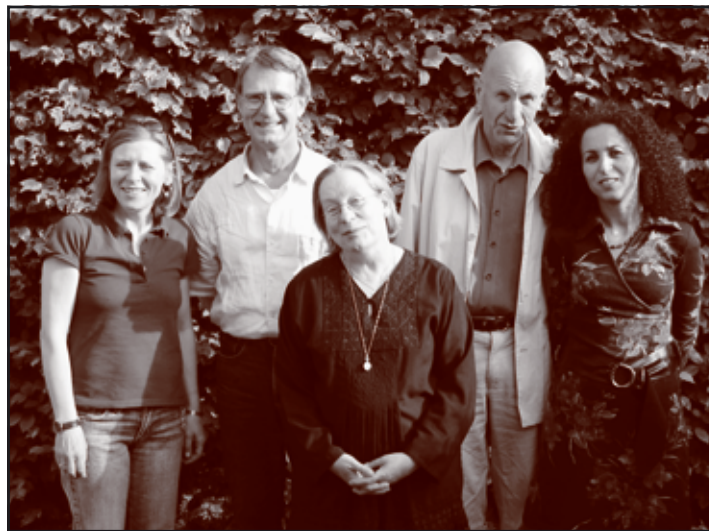
denheit unter der Belegschaft sind die Folgen der Umwandlung in eine private Rechtsform, um angeblich kostengünstig und betriebswirt- schaftlich zu haushalten.“

2004 war die Stiftung umstruk- turiert und die Marburger Altenhil- fe GmbH gebildet worden. Die Ko- stensenkungen erfolgten dabei aus- schließlich zu Lasten des Personals.

Der Arbeitgeberverband wurde ver- lassen, die Tochterfirma Marburger Service GmbH gegründet, die Es- sensversorgung und die Reinigung ausgegliedert – alles mit dem ein- zigen Zweck, niedrigere Löhne zu zahlen. Als dann die Reibungs- verluste bei der Essensversorgung zu groß wurden, holte man sie in die Service GmbH zurück, bezahl- te aber weiter Niedriglöhne. Mitt- lerweile gibt es fünf verschiedene Gehaltstarife.

„Überall ist es das gleiche Lied“, erklärt Pit Metz, „ob bei der Al- tenhilfe oder den Stadtwerketöch- tern MVG (ex-MaBuS) und MEG, die Stadt spielt den Vorreiter bei der Senkung von Löhnen und der Erhö- hung von Arbeitszeiten.“

Um Dumpinglöhne zu verhin- dern, hat die Marburger Linke die Rückkehr der Altenhilfe in den Kommunalen Arbeitgeberver- band verlangt. Die anderen Frakti- onen lehnten diese Forderung am 1. Juni in der Stadtverordnetenver- sammlung ab, „weil der Antrag zu früh komme“, wie es Reimer Wulff von der CDU formulierte. *N.B.*



▲ **Stadtverordnete der Marburger Linken: Birgit Schäfer, Pit Metz, Eva Chr. Gottschaldt, Georg Fülberth, Halise Adsan (Foto N.B.)**

Schlusslicht Marburg

In keiner mittelgroßen hes- sischen Stadt wird so wenig Geld für Schwimmbäder aus- gegeben wie in Marburg. Dies geht aus einer Prüfung der Haushalts- strukturen der sieben so genann- ten „Sonderstatusstädte“ hervor.

Im Auftrag des Hessischen Rech- nungshofes wurde festgestellt, dass die Stadt Marburg bei den freiwil- ligen Leistungen – Sport- und Kul- turförderung sowie Zuschüsse für diverse Vereine und Initiativen – das Schlusslicht ist. Ganze 125 Euro pro Einwohner gibt die Stadt aus. Die Werte der anderen Städte (Bad Homburg, Fulda, Gießen, Wetzlar, Rüsselsheim und Wetzlar) schwan- ken zwischen 138 und 260 Euro. 19 Euro wurden pro Einwohner in Mar- burg für die Schwimmbäder bereit- gestellt (Gießen: 40 Euro).

Den zweitletzten Platz nimmt

Marburg bei der Förderung des Öff- entlichen Nahverkehrs ein. 39 Euro pro Einwohner ist er der Stadt wert. Gießen bringt 65 Euro und Hanau 94 Euro dafür auf.

Diese Unterversorgung wird al- lerdings weder vom Rechnungshof noch vom Magistrat als Makel be- trachtet, sondern gilt als Beweis

dafür, wie sparsam und effizient die Stadt wirtschaftet. Dass in Marburg ein Beschäftigter der Stadtverwal- tung für 254 Einwohner arbeiten muss, einer in Hanau aber nur für 178, kann auf besondere Effizienz hindeuten. Wahrscheinlicher ist aber, dass in Marburg der Arbeits- druck besonders hoch ist und die Verwaltung ihren Bürgern weniger Leistungen bietet als anderswo.

Charly Gaul

Linke forciert beim Klimaschutz

In Marburg wird es künftig einen Klimaschutzbeauftragten geben. Das Parlament schloss sich der For- derung der Marburger Linken an. Auf ihre Initiative hin war Marburg bereits 2003 Mitglied des europä- ischen Klimabündnisses geworden. Dieses fordert: „Da der Klimaschutz nicht zu den Pflichtaufgaben von Städten und Gemeinden gehört und

für die meisten ein neues Hand- lungsfeld ist, muss dafür eine Zu- ständigkeit in Kommunalpolitik und -verwaltung geschaffen wer- den. Diese sorgt für die Konzep- tion der Klimaschutzstrategie so- wie – während der Umsetzung – für eine effektive Koordination zwi- schen den verschiedenen beteilig- ten Verwaltungsbereichen.“



▲ DIE LINKE beteiligte sich – wie hier vor dem Stadtbüro – an der Unterschriftensammlung für die Verfassungsklage. (Foto N.B.)

Auf Klage folgt Boykott

Fast 80.000 unterschrieben gegen Studiengebühren

In der letzten Zeit gab es für die hessische Studierendenbewegung gleich zweimal Grund zum Jubeln. Zunächst kündigte der Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts überraschend

seinen Rückzug aus der Politik an. Kurz darauf folgte die lang ersehnte Nachricht, dass mit 78.000 Unterschriften das notwendige Quorum für die Verfassungsklage gegen die Einführung von Studiengebühren

DIE LINKE macht sich breit

In Kirchhain ...

Eine angeregte Diskussion über die Kirchhainer Bäder- und Sozialpolitik fand am 27. Juni im dortigen Bürgerhaus statt. Etwa 20 Personen waren auf Einladung der Kirchhainer LINKEN erschienen, die im April ins Leben gerufen worden war. Die Initiative, auch in Kirchhain eine linke Gruppe zu bilden, die sich kommunalpolitisch engagieren will, ging von Dr. Ingeborg Cernaj, Konrad Weber und Reinhard Heck aus. Die drei sind seit Jahren kommunalpolitisch und gewerkschaftlich in Kirchhain aktiv. Cernaj und Heck gehörten früher den Grünen an, Konrad Weber war lange Jahre Mitglied der SPD. Zu erreichen ist die Gruppe unter Tel. 06422-85338 und Kirchhainer-Linke@web.de.

... und in Wetter

In Wetter gibt es seit Kurzem eine Ortsgruppe der LINKEN. Der bisher parteilose Wetteraner Stadtverordnete Ulrich Neidlinger trat ihr

pünktlich zur Neugründung der Partei am 16. Juni bei. „Ich war mein Leben lang politisch eigenständig“, erklärte der Wetteraner seinen Beitritt. „Dieser Zusammenschluss ist jedoch großartig. Darauf habe ich nur gewartet“.

Seit den Kommunalwahlen 2006 sitzt Neidlinger für DIE LINKE im



▲ Kreisvorstand der LINKEN: Thorsten Markstahler, Antje Walther, Martin Krieger, Renate Bastian, Hajo Zeller, Birgit Schäfer und Eckhard Kohn. Es fehlt Ulrike Eifler. (Foto N.B.)

sehr deutlich übertroffen wurde.

Dass trotz aller bürokratischen Hürden eine so große Zahl an Unterschriften zusammengekommen ist, zeigt, wie groß der Rückhalt für die Gegner von Studiengebühren ist. Die Behauptung des hiesigen CDU-Landtagsabgeordneten Christian Wagner, die Aktion sei nur „schleppend verlaufen und die Unterschriften nur mit Mühe und Not zusammen gekommen“, zeugt erneut von der Arroganz der selbstherrlich regierenden CDU.

Die Verfassungsklage, über die frühestens nächstes Jahr entschieden wird, ist noch längst nicht das Ende der Proteste. Nahezu alle hessischen ASten haben auf Vollversammlungen in den letzten Wochen den Studiengebührenboykott beschlossen. Wenn viele Studierende gemeinsam die Zahlung der Gebühren verweigern, werden es sich die Hochschulen ökonomisch und politisch nicht leisten können, hessenweit zehntausende Studierende zu verlieren. Beim Boykott werden die Gebühren auf ein Treuhandkonto überwiesen und wenn die nötige Zahl erreicht wird – in Marburg

Wetteraner Stadtparlament. Dort gab es in letzter Zeit einige Aufregung über das Müllwiesesystem. Aufgrund einer Pattsituation konnte Neidlinger – als „Zünglein an der Waage“ – erreichen, dass die Bürger selbst darüber entscheiden sollen, ob der Müll auch in Zukunft gewogen wird.

DIE LINKE.Wetter trifft sich am letzten Donnerstag im Monat, 20 Uhr. Kontakt über: 06421-163873.

liegt das Quorum bei 4000 – tritt der Boykott in Kraft. Wer also die Einführung von Studiengebühren wirklich verhindern will, der boykottiert. Mehr Infos auf: www.boykott-marburg.de

Jan Schalauske

SDS auf Anhieb erfolgreich

Bei den diesjährigen Wahlen zum Studierendenparlament der Marburger Uni errang der Sozialistisch-Demokratische Studierendenverband. DIE LINKE auf Anhieb 315 Stimmen (5,8 %) und zwei Sitze. Dies ist nicht nur bemerkenswert, weil die Gruppe erst im März gegründet worden war, sondern auch weil sie sich gegen die Konkurrenz eines halben Dutzend anderer Listen links von Jusos und Grünen durchsetzte. Einer gemeinsamen Liste dieser Gruppen gelang es überraschend, bei den parallelen Wahlen zum Uni-Senat mit 18 Prozent der Stimmen einen der drei Sitze zu erringen, die den Studierenden vorbehalten sind. Der SDS.DIE LINKE hatte einen kämpferischen Wahlkampf bestritten, in dem er die soziale Frage an der Uni in den Mittelpunkt stellte.

Weitere Gewinnerin der Wahl ist die Liberale Hochschulgruppe (LHG), die davon profitierte, dass der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) nicht zur Wahl zugelassen wurde. Sie konnte ihre Sitze auf sechs verdoppeln. Rechte Tarnlisten, die mit irreführenden Namen wie „Demokratische Grüne“ antraten, erzielten mehrere Mandate.

Dennoch stehen die Aussichten für einen linksdominierten AStA gut. Die linken Gruppen kommen insgesamt auf 8 der 41 Sitze. Die Grüne Hochschulgruppe fiel von 14 auf 8 Mandate während die Jusos ihre fünf verteidigten.

Mit einer Wahlbeteiligung von 29,5 Prozent konnte eine finanzielle Austrocknung der studentischen Selbstverwaltung vermieden werden. Laut hessischem Hochschulgesetz können die Mittel des AStA bei einer Beteiligung unter 25 Prozent um bis zu 75 Prozent gekürzt werden. Max Jablonowski

Das Letzte

Die Mindestpartei

Die Regierung regiert. Die Opposition opponiert. Zu den Mitteln der Letzteren gehört auch das Unterschriftensammeln.

Was halten wir aber von der SPD, die eine Unterschriftensammlung für die Einführung eines Mindestlohns sammelte? Seit bald neun Jahren ist sie nun in der Regierung. In ihrer Koalitionszeit mit den Grünen hätte sie eine besonders leichte Gelegenheit gehabt, den Mindestlohn einzuführen. Das unterblieb, denn sie hatte Anderes zu tun: Agenda 2010, Hartz IV. Erst als die Linkspartei den Mindestlohn forderte, verfiel auch die SPD auf diese Idee, und sie veranstaltete ihre Unterschriftensammlung. Am Kabinettsitz hat sie sich nicht getraut. Da kuscht sie gewöhnlich. Anschließend gibt sie gern eine Pressekonferenz, in der sie die Kanzlerin auffordert, irgendein Machtwort gegen irgendjemanden in der Union zu sprechen.

Als die Bundesabgeordneten der Linkspartei den Unterschriften-Appell der SPD unterschrieben, war es dieser auch wieder nicht recht. Schließlich brachte die Linksfraktion den Text des Aufrufs sogar als Antrag ein. Die SPD stimmte dagegen.

In Marburg hat sie einen Abgeordneten: Sören Bartol. Er stimmte selbstverständlich ebenfalls gegen den Mindestlohn. Das war ehrlich. Schließlich hat er ja auch für die Agenda 2010 und Hartz IV gestimmt.

Jetzt will die SPD den Mindestlohn zum Thema des Wahlkampfes 2009 machen. Für die Menschen, die zur Zeit für Hungerlöhne jobben müssen, ist das nicht gut, aber es dient der Klarheit. In den verbleibenden zwei Jahren wird man die künftige Wahlkampf demagogie der SPD an der Praxis messen können, die sie bis dahin vorlegt.

Georg Fülberth

DIE LINKE in Marburg gegründet

Am 30. Juni 2007 – zwei Wochen nach der Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG – wurde der Kreisverband Marburg-Biedenkopf der LINKEN gegründet. Dies war nur der offizielle Abschluss eines langen Prozesses der Zusammenarbeit, der bereits in der ersten Jahreshälfte 2005 begonnen hatte. Am 3. Oktober 2006 hatten Mitglieder beider Parteien und Parteilose einen provisorischen SprecherInnenrat als gemeinsames Leitungsgremium für beide Kreisverbände gebildet. Die neuen Mitglieder, die in den letzten zwei Jahren eingetreten waren und heute fast die Hälfte der 140 Mit-

glieder des Kreisverbandes ausmachen, unterschieden ohnehin nicht mehr zwischen beiden Parteien.

Diskussionen gab es zwischen den mehr als fünfzig Teilnehmern, weil auch bei der Struktur der Partei und der Kreisverbände ein Neuanfang gemacht wird. Während eine Mindestquotierung von 50 Prozent für Frauen in den Leitungsgremien unstrittig war, gab es Meinungsunterschiede bei der Frage, wie der Vorstand strukturiert sein soll und ob es eine Trennung von Amt und Mandat geben soll. Am Ende einigten sich die Teilnehmer darauf, die Amtszeit des Vorstandes auf sieben Monate zu begrenzen, eine

Kreissatzung zu erarbeiten und die Frage der Wahl eines oder mehrerer Vorsitzenden aufzuschieben.

In den Vorstand wurden Renate Bastian, Ulrike Eifler, Eckhard Kohn, Martin Krieger, Thorsten Markstahler, Birgit Schäfer, Antje Walther und Hajo Zeller gewählt.

Wolfgang Gehrcke, Vorstandmitglied der LINKEN und hessischer Bundestagsabgeordneter, hatte zu Beginn die Versammlung auf die Landtagswahlen eingestimmt. Er plädierte dafür, keine Nabelschau zu betreiben, sondern die Partei zu öffnen und auf die sozialen Bewegungen zuzugehen.

Nico Biver

Streik gegen Tariffucht

Interview mit Gerdy Poletti, der stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden bei Euker-Druck



Die Tarifverhandlungen für die Druckindustrie sind abgeschlossen. Es gibt für dieses Jahr 3 Prozent mehr Geld. Das klingt doch ganz gut. Oder?

Das klingt nicht nur so, das ist – im Großen und Ganzen – auch so. Dafür sind wir ja auch bei Euker Druck mit in den Streik gegangen. Viermal. Wir waren in diesem Jahr sehr eifrig, wenn man das so ausdrücken will. Und sind es immer noch. Am 19. Juni hatten wir wieder einen Streik. Die gesamte Belegschaft – 120 Leute – war vor dem Tor.

Ihr streikt weiter, obwohl das Ergebnis fest steht? Was wollt Ihr

darüber hinaus noch erreichen?

Die Geschäftsleitung von Euker-Druck hat uns mitgeteilt, dass die Firma in einen anderen Arbeitgeberverband gewechselt ist, nämlich weg von der Druckindustrie hinein in den Verband für die Papierverarbeitung. Das klingt harmlos, könnte aber weitreichende Folgen haben.

Kannst du die mal schildern?

Zu aller erst: Die erstreikte Lohnerhöhung soll nicht für die Kolleginnen und Kollegen von Euker-Druck gelten. Denn die Geschäftsleitung sagt: Wir sind nicht mehr in dem Verband, also haben wir mit der

Druckindustrie nichts mehr zu tun. Das wollen wir Beschäftigte bei Euker nicht akzeptieren. Das ist sachlich Quatsch, und für die Beschäftigten verheerend.

3 Prozent mehr Lohn, aber nicht bei Euker?

Schlimmer noch. Der Wechsel in den anderen Arbeitgeberverband bedeutet, dass wir die Lohnerhöhung nicht bekommen, dass wir aber auch insgesamt nach einem schlechteren Tarif bezahlt werden sollen. Im Schnitt würde das für die Beschäftigten bis zu 30 Prozent weniger bedeuten. Das stelle man sich mal vor! Für den Mai gab es bereits gekürzte Abschlagszahlungen. Das waren für den Einzelnen 200 bis 300 Euro weniger. Wir können das nicht hinnehmen. Wir können das für unseren Lebensunterhalt nicht verkraften. Und es ist eine Beleidigung, weil wir nach wie vor gute Arbeit leisten.

Und wie geht's jetzt weiter?

Wir arbeiten natürlich eng mit der Gewerkschaft, mit ver.di, zusammen. Es liegen schon verschiedene Vorschläge auf dem Tisch. Aber die Geschäftsleitung will noch nicht begreifen, wie wichtig uns die Sache ist. Deshalb haben wir wieder gestreikt. Deshalb hält unsere Belegschaft eng zusammen. Im August werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Wir wünschen vollen Erfolg!

Das Gespräch wurde von Renate Bastian geführt. (Foto R.B.)